



Antrag

der Abgeordneten **Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos, Andreas Lotte, Klaus Adelt SPD**

Landraub („Landgrabbing“) in bayerischen Partnerregionen bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf betroffene bayerische Partnerregionen und deren nationalstaatliche Regierungen einzuwirken, dass sie „Landgrabbing“ verhindern.

Begründung:

Laut einer im März 2016 veröffentlichten Oxfam-Studie wurden in den letzten 15 Jahren rund 230 Millionen Hektar Land von Investoren aufgekauft. Darunter leidet vor allem die Bevölkerung in den Entwicklungsländern, denn die bisherigen lokalen Landnutzer werden – oft gewaltsam – vertrieben und verlieren ihre Existenzgrundlage. Die Verdrängung der bäuerlichen Landwirtschaft durch Plantagen und Monokulturen beeinträchtigt ferner die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Nahrung und verschlechtert die klimatischen Bedingungen in den Regionen.

Damit Menschen in ihrer Heimat eine sichere Existenzgrundlage und eine Perspektive erhalten bleibt und sie nicht zur Migration und Flucht gezwungen sind, muss Landraub politisch verhindert werden. Reichen Gesetze dazu nicht aus – wie etwa in der indischen Partnerregion Karnataka, wo sich Berichten zufolge selbst Minister des Verstoßes gegen ein 2011 entsprechend novelliertes Gesetz schuldig machen – bedarf es auch internationalen Drucks und politischer Ächtung durch Kooperationspartner.